



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

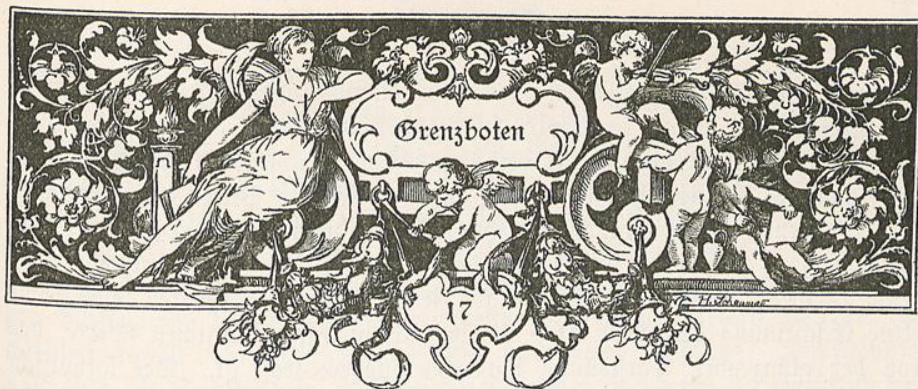
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Patzelt, Julius: Österreichisches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Österreichisches

1. Der Katholizismus in Österreich

Als der Kirchenhistoriker Professor Ehrhard vor drei Jahren an die Wiener Universität berufen wurde, ging ihm der Ruf eines bedeutenden Gelehrten voraus, und auch die strengkatholischen Kreise waren darüber einig, daß die Wahl nach jeder Richtung hin ausgezeichnet sei. Heute bedauert die katholische Orthodogorie ihr vorschnelles Urteil. Seit Professor Ehrhard vor einigen Wochen sein Buch über den „Katholizismus und das zwanzigste Jahrhundert“ herausgegeben hat, ist er für den erlesenen Kreis derer, die sich allein nicht für berufen, sondern auch für auserwählt erachten, zum Ketzer und gefährlichen Neuerer geworden, und das Organ des Linzer Bischofs war schon so freundlich, ihm glückliche Reise — ins Ausland zu wünschen. Und wodurch hat sich Professor Ehrhard den heiligen Born des in Österreich wohl nicht mehr nach unten aber nach oben noch sehr mächtigen starren katholischen Konservatismus zugezogen? Hatte er in seinem Buche etwa den Boden positiven Glaubens verlassen, wollte er eine neue Kirche gründen? Nein, im Gegenteil, der Gedanke, der sein Werk durchzieht, ist einfach der: Die katholische Kirche muß den straffen Zentralismus, dem in Rom in neuerer Zeit gehuldigt wird, mildern und sich mit den Waffen modernen Geistes rüsten, um den unter den Katholiken immer weiter um sich greifenden Indifferentismus zu besiegen. — Etwas schärfer faßte vor kurzem der Professor des kanonischen Rechts an der Innsbrucker Universität Dr. Wahr- mund diese Forderung, indem er erklärte, die katholische Kirche müsse, um eine Kulturmacht zu bleiben und die Herrschaft über die Geister wieder zu erlangen, sich mit der modernen Kultur versöhnen; denn thue sie das nicht, und behalte sie gewisse überlebte, die Intelligenz abstoßende Formen bei, dann würde sie zur Paganenreligion herabsinken, die nur noch in den entlegnen Hütten der Kleinbauern und Äpfler ihr Dasein fristen werde.

Wenn man bedenkt, wie wenig der katholische Konservatismus in Österreich — von den wechselnden Regierungen nach josephinischem Rezept als wichtiges Polizeiinstitut begünstigt und beschützt — bis vor kurzem die Nötigung

empfand, sich mit der modernen Kultur auseinanderzusetzen, und wie sehr er sich infolgedessen daran gewöhnte, in der völligen Erstarrung des kirchlichen Lebens die sicherste Garantie für den Bestand der Kirche selbst zu sehen, dann wird man es begreiflich finden, daß sich die klerikale Presse mit einer Wut ohne gleichen auf das Ehrhardsche Buch stürzte, und zwar um so mehr, als ihm ein ganz außerordentlicher buchhändlerischer Erfolg beschieden war. In wenig Wochen waren nicht weniger als sieben Auflagen vergriffen, eine gewiß seltne Erscheinung bei einem 400 Seiten starken wissenschaftlichen Werke, das trotz der glänzenden Darstellung immerhin schwere Kost ist. Der katholische Konservatismus konnte daraus leicht entnehmen, wie sehr sich die Zahl seiner überzeugten Anhänger gelichtet hat. — Stewart Houston Chamberlain hat Recht, wenn er behauptet, daß in keiner Kirche die Zahl derer, die an die Summe ihrer Lehren nicht glauben, so groß sei wie in der katholischen; allein er hätte auch noch beifügen müssen, daß trotzdem in den Herzen dieser Tausende und aber Tausende von Zweiflern und Indifferenten noch eine tiefe und starke Anhänglichkeit an die katholische Kirche lebendig ist, und daß sie selbst das geringste Zugeständnis dankbar entgegennehmen, das ihnen die Hoffnung eröffnet, wieder glauben zu können, ohne mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung in Zwiespalt zu kommen. Daraus erklärt sich auch der phänomenale Erfolg des Ehrhardschen Buches, sowie die für den Fernstehenden zu meist ganz unverständliche Entwicklung der deutschen Parteien Österreichs in den letzten zwanzig Jahren in ihren Beziehungen zu der katholischen Kirche.

Ehrhards Buch „Der Katholizismus und das zwanzigste Jahrhundert“ konnte nur — er selbst giebt das zu — auf österreichischem Boden entstehen, denn Ehrhard mußte hier die Erfahrung machen, daß weite gut katholische Volkskreise den Bruch mit dem katholischen Konservatismus schon längst vollzogen hatten. Um diese Erscheinung in ihrer Entwicklung zu verstehn, ist es nötig, auf die sechziger Jahre zurückzugreifen, wo sich nicht gerade zum Besten des Deutschtums in Österreich seine Spaltung in eine liberale und eine klerikal-konservative Richtung vollzog. In der deutschen Verfassungspartei stritten zwei Prinzipien um die Herrschaft, das nationale und das liberale. Das Kompromiß, das zuerst geschlossen worden war, wich bald einer immer schärfer werdenden Betonung der politisch liberalen Anschauung, und in demselben Maße, als kulturkämpferische Tendenzen auftraten, wurde die deutsche aber konservative klerikale Gruppe von der Verfassungspartei abgedrängt und ließ sich schließlich zu einem Bündnis mit den Slawen verleiten. Der Fehler lag auf beiden Seiten; daß man ihn nicht einsah, bereitete dem österreichischen Deutschtum die schwersten Stunden. Seine nationalpolitische Einheit wurde zertrümmert und konnte bis heute noch nicht wieder hergestellt werden; den beiden beteiligten Parteien selbst aber wurde durch den Streit der Keim des Verfalls eingepflanzt. Je wilder der Kampf entbrannte, desto bereitwilliger nahmen sich die Klerikalkonservativen der Slawen an, und desto inniger verband sich die liberale Verfassungspartei mit der Börse. Beide legten dadurch den Grund zu dem Abscheu, den später das Volk vor ihnen empfand. Die liberale Partei blieb vorläufig allerdings die Siegerin, aber ihre Leistungsfähigkeit erschöpfte sich in der kulturkämpfe-

rischen Gesetzgebung, ohne daß übrigens das gesteckte Ziel vollständig erreicht worden wäre. Von dieser Zeit datiert auch ihr Niedergang, wenngleich sie entsprechend dem Gesetze der historischen Nachwirkung noch jahrelang als mächtige, fast das gesamte Leben des deutschen Volks in Österreich beherrschende Organisation erschien. Seiner ganzen Anlage nach ohnehin weniger auf eine zeitgemäße Reform der Kirche als vielmehr auf ihre Vernichtung abzielend, wurde der deutschösterreichische Liberalismus unter dem Einfluß und der Führung der Börsenpresse zu einer negativen Erscheinung im Volksleben, zu einer das christlichreligiöse Denken und Empfinden zersetzenden Richtung. Irreligiosität galt bald für Denkfreiheit, Verspottung religiöser Gebräuche — natürlich nur der christlichen, nicht auch der jüdischen, das wäre ja Intoleranz gewesen! — für Aufgeklärtheit, und das Wichtigthum mit meist gar nicht verstandnen Phrasen des ödesten Materialismus als sicherstes Zeichen von Bildung und Intelligenz. Das war das Milieu, worin sich die deutschösterreichische Durchschnittsintelligenz unter dem Druck einer tendenziösen oder flachen Journalistik das selbständige Denken überhaupt abgewöhnte, worin ihre geistige Fähigkeit immer tiefer sank, sodaß sich nur noch der wirtschaftliche Aufschwung dazugesellen brauchte, um das Volk der Denker in sein Gegenteil zu verkehren. Am Gelde hing, nach Geld drängte sich alles, und in dem Hasten nach Erwerb und Gewinn, das immer unbändiger wurde, je größere Wunder die Macht des sich immer mehr konzentrierenden Kapitals und die Bervollkommnung der Technik hervorzauberte, fühlte die Öffentlichkeit bald nicht mehr, daß sie zur Sklavin einer ebenso gewissenlosen wie frechen Tagespresse geworden war, die ausnahmslos im Dienste der Börse stand und das Volk moralisch und geistig verdarb, die deutschösterreichische Litteratur erniedrigte und so die Massen zur Sozialdemokratie erzog, während die sogenannte Intelligenz verdummte. Der große Wiener Krach war vorüber, dem wirtschaftlichen Bankrott des Deutschliberalismus folgte 1878 der politische; daß die Reaktion darauf eintreten müsse, war mit jedem Tage klarer, aber die Frage war, an welchem Punkte sie einsetzen würde.

Der Gedanke lag nahe, daß die klerikalkonservative Partei, die sich in der Bauernbevölkerung der Alpenländer behauptet hatte, das Erbe des deutschen Liberalismus antreten würde. Die Organe der Börsenpresse hatten das religiöse Gefühl des Volks tief beleidigt, und schon zeigte sich ein stärkeres Pulsieren kirchlichen Lebens; aber der Kompaß wies doch nach einer andern Richtung. Im Parlament gelangten zwar die klerikalkonservativen mit den Slawen in die Majorität, aus der Bevölkerung selbst erhielten sie jedoch keinen Zuwachs. Die liberale Partei wurde wegen ihrer Verquickung mit der Börse und ihren egotischen Interessenten immer mehr verachtet, zu den klerikalkonservativen wagte man aber nichtsdestoweniger kein Vertrauen zu fassen, erstens weil das Brauchbare und Lebensfähige der liberalen Idee im Herzen des Volks schon zu tiefe Wurzeln geschlagen hatte, und zweitens weil die klerikalkonservativen durch ihre Verbindung mit den Slawen alle national fühlenden Kreise von sich abstießen. Die beiden Parteien, die bisher das politische Leben der Deutschen in Österreich beherrscht hatten, genügten nicht mehr dem Bedürfnisse des Volks, und damit war der Anlaß zu der Gestaltung

neuer parteipolitischer Gebilde gegeben; daraus erklärt es sich aber auch, daß die Reaktion auf den Börsenliberalismus nicht in klerikalkonservativem, sondern in nationalem und antijüdischem Sinne einsetzte. Durch eine nationale Politik sollten die Positionen für die Deutschen wiedererobert werden, die der Liberalismus preisgegeben hatte; durch die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hoffte man die Wunden zu heilen, die das hauptsächlich von der Börsenpresse in Schutz genommene Manchesterium dem Volk in wirtschaftlicher Beziehung geschlagen hatte, desgleichen aber auch den öffentlichen Geist in gesündere Bahnen zu lenken, als sie ihm die jüdische Presse in plutokratischem Interesse vorgezeichnet hatte. Es war eine Auflehnung einerseits gegen die nationale Gleichgiltigkeit beider deutschen Parteien, andererseits gegen die im Gewande der Toleranz einherschreitende Intoleranz und Herrschsucht der jüdischen Rasse, die, selbst in mancher Hinsicht bis zur Erstarrung konservativ, die Pflege christlich religiösen Geistes als Rückständigkeit verhöhnte und, die Phrase von der politischen und wirtschaftlichen Freiheit im Munde, alles der Herrschaft ihrer Kapitalmacht zu unterwerfen suchte. Die Reaktion war also doppelter Natur, und darum teilte sich auch die von ihr ausgehende Bewegung bald in zwei Richtungen, in eine vorwiegend deutsch-nationale und in eine christlichsoziale.

Ein Weile mochten sich die Klerikalkonservativen über den Charakter dieser Neubildungen noch täuschen, und sie mochten hoffen, in den Christlichsozialen einen kräftigen Vorspann zu erhalten. Bald aber mußten sie erkennen, daß sie es mit einer völlig selbständigen Richtung zu thun hatten, die in dem Augenblicke, wo sie zur parteibildenden Kraft gedieh, das Fortbestehn der klerikalkonservativen Partei zu bedrohen begann, indem sie bei der sorgsamsten Pflege des religiösen Lebens grundsätzlich davon absah, das konfessionelle katholische Bekenntnis zur parteipolitischen Grundlage zu machen. Es ist klar, daß die christlichsoziale Partei dadurch sowohl der liberalen als auch der klerikalen Partei in gleichem Maße gefährlich wurde, und es war für den ganzen Charakter der Bewegung bezeichnend, daß sich, als sie in Wien ihre ersten durchschlagenden Erfolge errang, die jüdische Hochfinanz mit dem katholischen Konservatismus zu ihrer Vernichtung vereinigte. Kein geringerer als Kardinal Schönborn ging damals nach Rom, um den päpstlichen Bannstrahl auf die Christlichsozialen herabzuschwören, und wenn diese denkwürdige Mission ohne den gewünschten Erfolg blieb, so war das hauptsächlich dem Eingreifen eines kirchlichen Würdenträgers zu danken, der heute dem Ehrhardschen Kreise angehört. Allerdings gelten die Christlichsozialen im Auslande immer noch als eine Abart der Klerikalkonservativen. Die Schuld daran trägt die bekannte absichtlich falsche Kategorisierung politischer Parteien durch ihre Gegner. Klerikal war ja, wie gezeigt worden ist, trotz des Niedergangs der liberalen Partei ein diskreditierendes Schlagwort geblieben, und die Gegner der Christlichsozialen zögerten deshalb nicht, sie damit zu belegen. Dazu kam noch, daß die Los-von-Rom-Bewegung, in die die vorwiegend nationale Richtung der Reaktion auf die Herrschaft der liberalen Partei auslief, viel mit dazu beitrug, die grundsätzlichen Differenzen, die zwischen den Christlichsozialen und den

Klerikalkonservativen bestehen, für den oberflächlichen Beobachter zu verwischen. Die Christlichsozialen opponierten der Los-von-Rom-Bewegung aus religiösen, politischen und nationalen Gründen. Der von den Christlichsozialen anerkannte Grundsatz, daß der Unterschied zwischen dem katholischen und dem protestantischen Glaubensbekenntnisse politisch nicht von Belang sei, bezeichnete einen großen Fortschritt im Sinne der Wiederherstellung der nationalpolitischen Einheit der Deutschen in Österreich. Die Los-von-Rom-Bewegung war in dieser Beziehung eine rückläufige Bewegung, da sie nichts anderes ist als das Negativbild des politischen Katholizismus. Sie drohte das Gewicht des Konfessionalismus als einer politischen Sache wieder zu verstärken, indem sie ihn zum politischen Scheidungsgrund machte und dadurch die konfessionelle Spaltung des Deutschtums in Österreich verschärfte. Überdies ging aber die Los-von-Rom-Bewegung weniger von religiösen als von politischen nationalen Anlässen aus. Nur einem sehr kleinen Teil ihrer Anhänger war der Übertritt zum Protestantismus oder zum Altkatholizismus positives, religiöses Bedürfnis, die große Masse sah darin lediglich eine politisch-nationale Demonstration, wie ja die beiden führenden Abgeordneten Schönerer und Wolf durchaus nicht auf religiösem christlichem Boden stehn, sondern dieser Atheist ist und jener nicht nur den Katholizismus, sondern auch den Protestantismus zu Gunsten einer Art Wotanskultus unter dem viel und doch nichtsagenden Namen Deutschreligion verwirft und dabei offenbar gar nicht merkt, daß er damit auf die von der Zivilisation längst überholte theokratische Idee zurückgreift, über die das Judentum bekanntlich nicht hinausgekommen ist, weshalb es nach der ganz richtigen Auffassung Comtes und Gobineaus dem Kreise der modernen Kulturvölker nicht angehört. Dieses Widerstreben gegen die Los-von-Rom-Bewegung, die vielfachen Erzeffe ihrer Anhänger gegen die katholische Kirche bewirkten, daß Konservativklerikale und Christlichsoziale, die ja zum allergrößten Teile Katholiken sind, in den letzten Jahren wiederholt in einer Linie kämpften, und das trug wesentlich zur Verbreitung der Meinung bei, als ob man es nur mit zwei Spielarten derselben Gattung zu thun habe. Diese Ansicht ist falsch und muß berichtigt werden, wenn man ein richtiges Bild der geistigen Bewegung in der katholischen Welt Österreichs erhalten will.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die christlichsoziale Bewegung in Österreich die unmittelbare Reaktion auf die wirtschaftlichen Sünden des Börsenliberalismus und auf den durch ihn verbreiteten Geist sozialer und religiöser Zerrüttung war; aber sie wurde dadurch, wie schon der erste Name der Partei „vereinigte Christen“ verrät, nicht zu einer konfessionellen Partei, indem sie gerade den Grundsatz bestritt, der der Eckstein des Klerikalismus ist: die politische Autorität der Bischöfe. Im Verlaufe des Kulturkampfes hatte der Klerikalismus ebenso wie der Liberalismus seine werbende Kraft verloren. Zwar behauptete er in der streng konservativen Bevölkerung der Alpenländer noch seine Stellung, aber auch die Kreise, die sich auch aus religiösen Gründen gegen den Vulgärliberalismus auflehnten, waren fest entschlossen, das Prinzip der Scheidung der politischen und der religiösen Autoritäten nicht mehr aufzugeben. Damit hatte sich in den Beziehungen der politischen Partei-

entwicklung der Deutschen in Österreich zur katholischen Kirche eine Wandlung vollzogen, die um so tiefer ging, als auch der größte Teil des niedern, vornehmlich des deutschen Klerus in Österreich an ihr teilnahm. Seine materielle Lage ist schlechter als in irgend einem andern Lande, und daraus erwuchs ein einschneidender sozialer Gegensatz zwischen dem kleinen Klerus und dem Episkopate, der noch dadurch bedeutend verschärft wurde, daß dieser Klerus nur zu guten Grund hatte, in den Bischöfen Exekutivorgane der wechselnden Staatsregierungen zu sehen. Wenn die christlichsoziale Bewegung in verhältnismäßig kurzer Zeit die Hauptstadt des Reiches eroberte, das Land Niederösterreich in Besitz nahm und schließlich auch in das festeste Bollwerk des Klerikalismus, Tirol, Bresche auf Bresche schlug, so gelang ihr das nicht, trotzdem daß sie die politische Autorität der Bischöfe bekämpfte, sondern weil sie es that und dadurch auch den größten Teil des niedern Klerus für sich gewann.

Hält man sich an diese Entwicklung der Dinge, dann erfährt das Bild der katholischen Welt in Österreich, wie man es im Auslande gemeinhin in den Augen hat, eine wesentliche Korrektur; es zeigt sich, daß gerade die Bevölkerungsschichten, die sich nach dem religiösen Niedergang der siebziger Jahre der Pflege der christlichen Weltanschauung wieder zuwandten, das grundlegende Prinzip des Klerikalismus, die politische Unterordnung unter die geistliche Autorität, verwerfen, und daß sich auch in den Bevölkerungskreisen, die früher treu zur klerikalkonservativen Partei standen, unaufhaltsam eine Umwandlung der Anschauungen in diesem Sinne vollzieht. In einer solchen Umgebung konnte ein Theologe, der wie Ehrhard die geistige Übereinstimmung zwischen Gemeinde und Kirche wiederherstellen will, nur so schreiben, wie er gethan hat, denn sein Werk ist wenn auch nur teilweise und zögernd ein Zugeständnis an die *communis opinio* der katholischen Welt Österreichs. Daß diese viel weiter geht als Ehrhard, beweist der eingangs zitierte Vortrag Professor Wahrmunds; und daß der niedere österreichische Klerus die theologische Fakultät ebenfalls schon hinter sich gelassen hat, geht daraus hervor, daß auf dem ersten österreichischen Klerustage im vorigen Jahre der christlichsoziale Abgeordnete Professor Dr. Scheicher unter dem Beifalle seiner Amtsgenossen von der *reformatio in capite et membris* sprach.

Die Weltgeschichte wiederholt sich nicht. Parteien, die wie die liberale und die klerikale in Österreich in ihren Doktrinen erstarren, müssen zu Grunde gehn. Auf die liberale Ära, die der klerikalkonservativen gefolgt war, folgte nicht wiederum diese, sondern der öffentliche Geist zog, von beiden angewidert, eine Mittellinie. Allerdings ist dieser Prozeß in Österreich noch bei weitem nicht vollendet. Oben auf den Höhen, wo man langsamer lebt als in der breiten Ebene des öffentlichen Lebens; wo man die Änderungen, die sich da vollziehen, in der Regel erst viel später merkt, da löst sich in Österreich auch heute noch das gesamte politische Leben in dem Kampfe zwischen zwei Hofparteien, dem konservativen Geburtsadel und dem liberalen Finanzadel auf; aber auch da machen sich schon Zeichen einer Erschlaffung dieser beiden Parteien, die nach unten hin schon längst den ehemals bestimmenden Einfluß verloren haben, bemerkbar, wenigstens läßt der schon zweijährige Bestand des gegen-

wärtigen Beamtenministeriums darauf schließen. Aber auch dort wird schließlich die Erkenntnis zum Durchbruch kommen, daß sich die Entwicklung der Menschheit nicht in dem Kampfe zwischen Klerikalismus und Liberalismus erschöpft, sondern daß endlich das Fazit dieses Prozesses gezogen werden muß und zwar durch vollständige Ausscheidung von Religion und Kirche aus der Politik; der Staat muß endlich mit dem Josephinismus brechen, der die Kirche zu einer staatlichen Polizei- und Korrekionsanstalt herabdrückt, die katholische Kirche dagegen wird auf die Ausübung jeder politischen Gewalt auf ihre Angehörigen verzichten müssen. Selbstverständlich kann sie dann ihre Autorität nur dadurch behaupten, daß sie ihre heute schon zum Teil erstarrten Formen, in die sie einst den göttlichen Kern der Lehre Christi gefaßt hatte, zerbricht und ihn auch der gebildeten katholischen Welt wieder zugänglich macht. Nach dieser Richtung weisen all die auffallenden Erscheinungen hin, die hier skizziert worden sind. Ob sie eine Reform der katholischen Kirche einleiten, das wird davon abhängen, wie sich zunächst der reichsdeutsche Katholizismus zu der Frage stellen wird. Das Buch Ehrhards hat ja die Approbation eines deutschen Kirchenfürsten erhalten und erfährt in der reichsdeutschen Zentrums-*pre*ssse rückhaltlose Anerkennung; aber man darf nicht vergessen, daß von Ehrhard zu den Anschauungen über katholische Reformen, die die breiten katholischen Kreise in Österreich zum großen Teile schon erobert haben, noch ein weiter Schritt ist, der nicht gethan werden kann, ohne daß so mancher Stein in dem dogmatischen Aufbau der katholischen Kirche, der ehemals vielleicht notwendig war, heute aber als beengende und hindernde Zuthat empfunden wird, aus dem Wege geräumt werden muß.

Wien

Julius Pagelt

2. Staatsstreichgedanken

Das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats, dessen ausschlaggebende Bestandteile, Tschechen und Deutschböhmen, aus den von uns in Heft 45 des vorigen Jahrgangs geschilderten Wahlen hervorgegangen sind, hat manche an seine Haltung geknüpften Befürchtungen, aber auch einige schüchternen Hoffnungen bis jetzt zu einem gewissen Teile gerechtfertigt. Trotz der beim Zusammentritt des Reichsrats vom Ministerpräsidenten Dr. Körber an die Parteien gerichteten eindringlichen Mahnung, den unabweislichen und unaufschiebbaren Staatsnotwendigkeiten Rechnung zu tragen, trat alsbald eine zum Teil in das Gewand von Dringlichkeitsanträgen gehüllte versteckte Obstruktion zu Tage und rückte die Erledigung des vom Ministerpräsidenten aufgestellten Programms in unabsehbare Ferne. Da waren es die Obmänner der deutschen Parteien, die durch nachdrückliche Erklärung ihrer Arbeitswilligkeit den endlichen Beginn der Budgetdebatte ermöglichten. In sehr bemerkenswerten Reden trat der Rumäne Lupul für eine starke Zentralregierung, für ein starkes Zentralparlament, für die deutsche Staatsprache ein, bekämpfte der Sozialdemokrat Bernerstorfer den nationalen Chauvinismus und insbesondere den auf die Germanisierung der Tschechen abzielenden Punkt des alldeutschen Programms, verfocht der Klerikale Rathrein die Rechte des

Parlaments und dessen Arbeitsfähigkeit, versprach der Sprecher der deutschen Volkspartei, Derzhatta, dem Kabinett Körber trotz seiner übergroßen Rücksicht auf die Wünsche der Tschechen den nötigen Rückhalt für die Führung der Verhandlungen über den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn, und predigte sogar der Verfasser des Autonomistenprogramms, Graf Dzieduszycki, den einstigen Mitgenossen im Taaffischen eisernen Ring die Notwendigkeit großer Zurückhaltung in der Behandlung nationaler Fragen zur vollständigen Genesung des Staats. Aber der Jungtscheche Kramarsch erklärte, seine Landsleute würden alles thun, die Pläne der Regierung zu durchkreuzen, die das den Tschechen durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen zugefügte Unrecht zum Versumpfen bringe und sich nicht dazu aufraffe, „der Gerechtigkeit wieder freien Lauf zu lassen.“ Darunter verstehen aber die Tschechen nichts andres, als Erfüllung ihrer zum Teil maßlosen, für die deutschen Bewohner Böhmens und Mährens ganz unannehmbaren Forderungen. Der Abgeordnete Schücker wies auch sofort auf die mit einer Föderalisierung der Monarchie untrennbar verknüpften unheilvollen Folgen einer Rückbildung der durch die mühsame Kulturarbeit der Deutschen geschaffnen österreichischen Großmacht und auf die Unmöglichkeit einer einseitigen Bevorzugung des tschechischen Volkes zum Nachteil des deutschen hin, und Bareuther hielt den Tschechen die Beschwichtigungs-trinkgelder vor, die ihnen schon zu teil geworden und auch im Budget für das Aufgeben der Obstruktion enthalten sind. Aber die Zusammenfassung des alldeutschen Glaubensbekenntnisses in die Worte: „Wir wollen kein von der römischen Kurie abhängiges, kein slawisches, sondern ein von deutschem Geiste erfülltes, deutsch regiertes Österreich — oder keins,“ rückte den scharfen Gegensatz zu den slawischen Bestandteilen in das hellste Licht und erklärte die drohende Möglichkeit einer tschechischen Obstruktion. Die staatsrechtlichen Bestrebungen des Tschechentums stehn eben in unausgleichbarem Gegensatz zur Verfassung. Diese unmöglich zu machen, ist es seit vier Jahrzehnten bemüht, und darum läßt die Tschechen auch der Vorwurf kalt, daß sie mit brennender Lunte beim Pulverfaß der Obstruktion stünden, und daß sie die Parlamentskrise machten, von der sie immerfort reden.

Durch taktische Vorstöße verschleppten und hemmten sie fortwährend die Beratung des Jahresvoranschlags, deren Erledigung vor Neujahr der Ministerpräsident als äußerst dringlich bezeichnet hatte. Es wurde klar, daß bis zu Weihnachten nicht einmal die Beratung im Finanzausschusse würde beendet werden können, und da waren es wieder die Obmänner der deutschen Parteien, die im Interesse des Staats den Versuch machten, durch Einladung der Tschechenführer zu einer Konferenz über die Beseitigung der sich den Budgetverhandlungen entgegenstellenden oder ihnen entgegengesetzten Hindernisse wenigstens eine spätere ungestörte Beratung des Staatshaushalts im Plenum des Hauses zu sichern und dem Parlament die volle und beschleunigte Ausübung seines Budgetrechts zu ermöglichen. Das war nur durch ein Opfer heischendes Eingehn auf das endlose Register der tschechischen Forderungen möglich. Die Deutschen erklärten sich bereit, nach Erledigung des Budgets in eine nationale Auseinandersetzung einzutreten, nachdem das Kabinett Körber den festen Ent-

schluß kundgegeben hatte, keinerlei nationale Begünstigung des einen Volkes zum Schaden des andern gewähren zu wollen, sondern die Regelung dieser Beziehungen dem Einvernehmen der verschiedenen nationalen Parteien zu überlassen. Daß die tschechische Hartnäckigkeit und Verbissenheit der deutschen Einladung nicht direkte Ablehnung entgegengesetzte, ist wohl dem Eingreifen der Krone zu verdanken. Dem rumänischen Abgeordneten Georg Waffilko gegenüber hatte der Kaiser die parlamentarische Lage als sehr ernst, ja verzweifelt bezeichnet und den Vorwurf erhoben, daß vielen Abgeordneten der gute Wille und die Courage fehle. Das konnte sich auf die übergroße Rücksicht der Tschechen auf die künstlich erregte Volksleidenschaft beziehen, ebensogut aber auch auf das Unvermögen der arbeitswilligen Reichsratsparteien, sich zu dem unerschütterlichen Entschlusse zu einigen, sich dem Joche der Tschechen nicht länger zu beugen, und ohne darauf zu achten, was diese thun und treiben, ohne sich ermüden und einschüchtern zu lassen, nicht vom Plaze zu weichen, bis der Reichsrat seine Arbeit vollendet habe.

Die Erwägung dieser Möglichkeit einer denn doch bedenklichen vollständigen parlamentarischen Vereinzelnung mochte es hauptsächlich sein, was die Tschechen einigermaßen dem im Beschlusse der deutschen Obmänner enthaltenen Hinweise zugänglich machte, daß keine Aussicht auf ein parlamentarisches Zustandekommen der hochwichtigen Regelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Reichshälften vorhanden sein würde, wenn nicht erreicht werden könne, daß sich die Regierung auf den einmütigen Willen der österreichischen Volksvertretung stützen könne, sondern wenn im Gegenteil die verschiedenen nationalen Forderungen mit der Ausgleichsfrage verquickt würden. Freilich nahm zuerst die tschechische Presse den Mund recht voll und bezeichnete die plötzliche, durchaus nicht schlackenlose Friedensliebe der Deutschen als ein kleines Kanossa Dr. Körbers, der sich zur Verdrängung des nationalen Problems durch wirtschaftliche Dinge sogar an die Alldeutschen angeschmiegt habe, nun aber wieder an die tschechischen Abgeordneten herantreten müsse, die er in die Vereinsamung habe zwingen wollen. Das tschechische Volk werde aber seine Forderungen nie aufgeben. Noch nicht einmal mit der angestrebten Freilegung des Voranschlags sei für die Bewältigung der Staats- und Parlamentskrise viel gewonnen. Diese sei nur möglich durch eine wahrhaftige nationale Verständigung, wenn der Staat seine Pflicht der tschechischen Nation gegenüber erfülle und mit dem Brauche breche, daß die berechtigten slawischen Forderungen erst durch das deutsche Sieb gehn müßten. An der Berechtigung dieser Forderungen hielt auch der Jungtschechenklub fest, und er beschränkte sich auf die allgemeine Erklärung, keiner Besprechung über die Heilung der schwierigen Verhältnisse ausweichen zu wollen. In der gemeinsamen Obmännerkonferenz verwies Ministerpräsident Körber darauf, daß die Regierung, die eine Regierung der Unbefangenheit sei, eine Verständigung der Volksstämme als Voraussetzung ihres friedlichen Zusammenlebens, als Bedingung der Zukunft Österreichs für unerläßlich halte und ein vollwichtiges, kräftiges Parlament wolle. Er deutete auf die unabwendbaren Folgen einer selbstmörderischen Taktik der Parlamentsparteien hin, indem er sagte, daß es

keiner besonnenen Partei entsprechen könne, das Reich wieder in einen Zustand zurückzuwerfen, der allen Völkern gleichmäßig Schweigen auferlege, und daß auch keine Partei, die ruhig denke, die Anwendung andrer gewaltfamer Maßregeln werde herbeiführen oder auch nur einen wiederholten Appell an die Wählerschaften werde befürworten wollen. Er ermahnte die Mitglieder des Parlaments, dieses Bollwerk der Völker nicht in Schutt zu legen. Die Regierung, die es behüten wolle, müsse aber, ihrer Verantwortlichkeit gemäß, zuerst an den Staat denken.

Damit war auf die Möglichkeit einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und eines absolutistischen Regiments verständlich hingewiesen. Während sich nun die Vertreter der deutschen Parteien, der Polen, Rumänen, Ruthenen, Slowenen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten zur Beschleunigung der Budgetberatung bereit zeigten, bezeichnete der Vertreter der Feudalen, der jeweilig offenen oder geheimen Verbündeten der Tschechen, Prinz Schwarzenberg, eine befristete Budgetberatung als nicht wünschenswert, der Tscheche Pačal verlangte nicht Friedensworte, sondern Friedensthaten. Nur die Erfüllung der Forderungen des tschechischen Volkes biete die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit beim Ausgleich mit Ungarn. Wegen der Vorbringung ihrer Beschwerden in der Budgetdebatte ließen sich die Tschechen die Hände nicht binden, kündigten aber keine Obstruktion an, noch machten sie eine solche. Der Heißsporn der mährischen Tschechen, Dr. Stránský, gab wohl den parlamentarischen Notstand zu, erklärte aber kaltblütig, die Drohung mit der Auflösung und mit dem Absolutismus verfange bei den Tschechen nicht, weil die Deutschen das Parlament als PreSSIONSMITTEL bei der Regierung zur Verweigerung der berechtigten politischen und nationalen Forderungen des Tschechentums benützten. Solange die böhmische Frage nicht gelöst sei, gebe es in Österreich keinen Frieden, kein Parlament.

Es zeugt von der Bescheidenheit der Forderungen, daß Ministerpräsident Körber am Schlusse der Konferenz die Hoffnung aussprechen konnte, daß ihre Ergebnisse die von vielen der Redner erwartete Besserung im Fortgange der parlamentarischen Arbeiten bringen würden, und daß sich auch das Hauptorgan der Deutschfortschrittlichen davon befriedigt zeigte, daß die positiven Erklärungen der Tschechenführer nicht auf Demolierungsabsichten hindeuteten.

Thatsächlich verfloß noch eine volle Woche nach der gemeinsamen Obmännerkonferenz, bis sich — am 29. November — der Wald von Dringlichkeitsanträgen lichtetete, und sich das Abgeordnetenhaus der Beratung des ersten Gegenstandes nähern konnte, der auf die Tagesordnung der Sitzung vom 17. Oktober gesetzt worden war. Offenbar hatte die Besorgnis vor der drohenden Auflösung des Hauses starken Anteil an diesem gewiß nichts weniger als stürmischen Fortschritt. Die Verhandlung des Budgetprovisoriums gab dann dem Tschechen Krámaršch nochmals Gelegenheit, von der vollkommenen Unfähigkeit des Parlaments zu erspriesslicher Arbeit zu reden, gegen die von Regierungsblättern in Umlauf gesetzten Drohungen mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses zu protestieren, ein planmäßiges Eingreifen der Regierung zur Herbeiführung einer nationalen Verständigung zu fordern, und wenn sich

eine solche mit Rücksicht auf die Stimmung der Wähler undurchführbar erweisen sollte, den Augenblick als gekommen zu erklären, wo auf eine andre Weise Ordnung geschafft werden müsse. Diesen letzten Gedanken aller tschechischen Politiker spann dann Dr. Herold weiter. Um dem hippokratischen Zustand der jetzigen politischen Verhältnisse ein Ende zu bereiten, forderte er eine Erklärung der Regierung, daß sie den Willen und die Kraft habe, den § 19 der Staatsgrundgesetze in Bezug auf die Sprachenfrage und die lokalen Bedürfnisse der Nationen durchzuführen. Dann forderte er den Erlaß eines Rahmengesetzes, das die die Sprachen angehenden Grundrechte der einzelnen Nationen und den notwendigen Schutz der nationalen Minoritäten feststelle und die Lösung der Sprachenfrage in den einzelnen Ländern den Landtagen überlasse. Daß die Deutschen einem solchen Vorgehn, das sie rücksichtslosen Majoritäten ausliefern würde, den äußersten Widerstand entgegensetzen müßten, wird von tschechischer Seite konsequent ignoriert. Ferner verlangte Herold die Revision der Verfassung mit einer Entlastung des Zentralparlamentes, die Verbesserung der Geschäftsordnung und die Revision der Wahlordnung, lauter Mittel zur Schwächung der parlamentarischen Widerstandskraft der Deutschen. Da er aber anerkennen mußte, daß das Kabinett Körber dieses Programm zur Lösung der innern Wirren nicht annehmen und nicht durchführen würde, forderte er einfach dessen Rücktritt. Noch radikaler äußerte sich Herolds Klubkollege Forscheit, indem er die Herstellung des nationalen und des Sprachfriedens ohne den allerdings nicht zu erwartenden Verzicht der deutschen Parteien auf die Besitzstandstheorie für ebenso ausgeschlossen erklärte, wie die Wahl des Abgeordneten Schönerer zum Papst für den Fall eines Konklave. Das tschechische Volk weise jeden Frieden zurück, der ihm auch nur teilweise eine Erfüllung der deutschen Bestrebungen in Bezug auf die Staatssprache aufbürden würde. Für die Freimachung der Bahn zur Erledigung der Ausgleichsvorlage durch die vom Ministerpräsidenten angebahnten Versöhnungskonferenzen ließ er nur das Wort gelten: *Lasciate ogni speranza!* Für Forscheit giebt es nur zwei Auswege: entweder einen Verzicht auf die Verfassungsmäßigkeit, oder eine Rekonstruktion des baufälligen Verfassungsgebäudes, d. h. „die Rückkehr zu den Naturformen eines wahren Konstitutionalismus, welcher sich dem Wesen des österreichischen Völkerstaats anpassen und ein natürliches Gleichgewicht zwischen dessen einzelnen Bestandteilen unter Wahrung des gleichen Rechts und der gleichmäßigen Pflege der Interessen sämtlicher Volksstämme herstellen würde.“ Als Hauptschwierigkeit der politischen Lage bezeichnete Forscheit das *liberum veto* der drohenden deutschen Obstruktion, und als Devise der Vertreter des tschechischen Volks das Schmerlingsche Wort: Wir können warten.

Dem tschechischen Radikalismus war es vorbehalten, durch den Mund Ratajs zuerst gelassen auszusprechen, daß eine Erhaltung Österreichs und seiner Dynastie ohne Staatsstreich nicht möglich sein werde, und die Forderung zu erheben, daß den Ländern der böhmischen Krone — unter Gleichberechtigung beider Volksstämme — die staatliche Selbständigkeit ebenso zurückgegeben werden müsse wie Ungarn.

Daß damit der Zerfall Österreichs, eine Erschütterung der Großmachtstellung der habsburgischen Monarchie verbunden wäre, ist dem fanatisierten Tschechentum ganz gleichgiltig.

Ministerpräsident Körber betonte, daß die Regierung in leidenschaftsloser Beharrlichkeit ihr Ziel verfolge, ein geregeltes, dauerndes parlamentarisches Regiment herzustellen, daß sie aber, wenn die Erreichung dieses Zieles so sehr verzögert würde, daß darunter die Lebensinteressen des Reichs geschädigt würden, rasch ihren Entschluß zu fassen wüßte. Unverblümt wurde von alldeutscher Seite die tschechische Erpresserpolitik, der der Staatsgedanke, die Verfassung und das Parlament gleichgiltig seien, und die nur eine Vermehrung des nationalen Besitzes auf Kosten der Deutschen anstrebe, als politische Falschmünzerei und Falschspielerei gebrandmarkt.

Die Schärfe dieser Auseinandersetzungen hielt den beispiellos geduldigen und zähen Ministerpräsidenten nicht ab, bei Tschechen wie bei Deutschen die einleitenden Schritte zur Anbahnung einer „Ausssprache“ über die nationale Verständigung zu thun, so gering auch die Hoffnungen auf Erfolg nach seinem vor anderthalb Jahren mißglückten Versuch sein mochten. Eine große Schwierigkeit ist das neueste Programm der Alldeutschen, das jede Verständigung mit den Tschechen vor der gesetzlichen Festlegung der deutschen Staatsprache ausschließt, eine weitere das Verlangen der Tschechen, die Verhandlungen auf zwei Forderungen, auf die innere tschechische Amtssprache und die Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren zu beschränken. Die verhandlungsbereiten deutschen Parteien müssen hinwieder auf einer Einigung über die Gesamtheit der strittigen Fragen bestehn, deren Lösung im Pfingstprogramm versucht ist. Und im Falle einer unerwarteten Verständigung bleibt immer noch die Befürchtung bestehn, daß die Alldeutschen eine allseitige Annahme der Bedingungen bei der deutschen Bevölkerung Böhmens hintertreiben, also wiederholen, was im Jahre 1890 die Jungtschechen mit dem schon abgeschlossnen deutsch-tschechischen Ausgleich machten. Sowohl den deutschen wie den tschechischen Parteiführern wurde in gesonderten Besprechungen von Dr. Körber nahe gelegt, Vorberatungen über die gegenseitige Aussprache zu pflegen und das Ausgleichsfeld sorgsam vorzubereiten, auf dem der nationale Friede erwachsen soll.

Zu allgemeiner Überraschung nahm aber der Ministerpräsident fast zugleich sehr entschieden Stellung für den Fall, daß trotz aller Bemühungen der nationale Zwist auch nicht vorübergehend gebannt, und die für die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn sowie für den Abschluß internationaler Handelsverträge unabweisbar notwendige Arbeitsfähigkeit des Reichsrats nicht hergestellt werden könnte.

In der Debatte über das Budgetprovisorium sprach er sich scharf über eine Parteitaktik aus, die die Stätte bedroht, von der allein die Lösung aller Wirren ausgehn kann. Er wies die tschechische Anklage zurück, daß zwischen der Regierung und den deutschen Parteien ein andres Verhältnis bestehe, als zu den andern großen (lies tschechischen) Parteien des Abgeordnetenhauses, erklärte aber, daß die Regierung bei aller Dankbarkeit gegen die Parteien, die

die Arbeiten des Parlaments förderten und erleichterten, ihre Unabhängigkeit, die zugleich ihre Unbefangenheit sei, nicht aufgeben könne. Den Vorwurf, er sei ein Gegner des tschechischen Volkes, wies er entschieden zurück, erkannte vielmehr vollkommen dessen Bedeutung an. Auf der Suche nach dem Friedenspreis für beide Nationalitäten rage aber aus der Verwirrung der innern Angelegenheiten nur ein klares, unverdunkeltes Ziel hervor, die Zukunft des Staates. Das Abgeordnetenhaus folge aber den Bemühungen der Regierung zu langsam. Die konstitutionelle Mechanik würde seine Auflösung empfehlen, bis ein andres mit einer andern Gesinnung und größerer Arbeitslust gewählt werde. Aber es fragt sich, ob die Bevölkerung nicht ungeduldig werden und eine Radikalkur verlangen werde. Wie nun, wenn sich eine Regierung, und zwar die ernsteste und gewissenhafteste, auf solche Wünsche und die Ungeduld der Bevölkerung berufen und im dringendsten Interesse der Staatsnotwendigkeit an die Verfassung griffe, greifen müsse? Die Regierung wäre für alle Zeiten entlastet, vor der Beurteilung durch die Geschichte gesichert und könne unter Umständen mit vollem Recht als die Retterin des Staates anerkannt werden. Tiefe Wirkung erzielte dann das mahnende Wort des Ministerpräsidenten: „Wir haben in diesem Reiche schon eine Verfassung zusammenstürzen sehen, wir sollten eine Wiederholung vermeiden.“ Und niemand konnte an dem Ernst der Schlusswendung zweifeln: „Die Regierung will alles thun, um eine solche Katastrophe zu vermeiden. Wir wollen arbeiten, um den Frieden zwischen den Völkerschaften zustande zu bringen, das geistige und das materielle Wohl der Bevölkerung zu fördern, das Ansehen und die Machtstellung des Staates zu heben. Wir wollen in einer weniger erregten Zeit einer Fortbildung der Verfassung, die ja nichts Vollendetes sein kann, weil sie ein Menschenwerk ist, auf verfassungsmäßige Weise nicht aus dem Wege gehn. Wir bitten Sie aber, den Blick auf das alle umfassende Vaterland und auf die unabweisbaren Bedürfnisse des Staates zu richten. Meine Herren, lassen Sie das Parlament nicht schuldig werden!“

In wohlwollenderer Weise kann nicht wohl auf die nicht von der Regierung, sondern von dem Parlament selbst verschuldete Möglichkeit und Notwendigkeit eines Staatsstreichs hingewiesen werden.

Freilich mußte dieser Hinweis weit mehr die unschuldigen Deutschen als die schuldigen Tschechen treffen, von denen jene das Zentralparlament erhalten, diese es aus der Welt schaffen möchten. Die Obmänner der deutschen Parteien forderten darum auch sofort eine Erläuterung des wahren Sinnes der Aufsehen erregenden Rede des Ministerpräsidenten, der seine Worte nur als Ausdruck der Sorge um die Zukunft des Staates bezeichnete, sodaß die Meinung, es sei ein gewaltsamer Eingriff in die Verfassung beabsichtigt, jeden Grund verlor. Und somit wurde auch die hohe Befriedigung der Merikalen und der Christlichsozialen, die schon ihren Weizen unter dem Absolutismus blühen zu sehen hofften, gegenstandslos. Die bedenklichste Wirkung hatte dem äußern Anschein nach die Körberische Rede auf die Tschechen, die sich stellten, als ob die Drohungen des Ministerpräsidenten in ihnen nur den Wunsch nach baldiger Erfüllung erweckten, da sich dadurch die Regierung

nur zur Vollstreckerin des tschechischen Programms, des Umsturzes der Verfassung machen würde. Im stillen können sie sich freilich nicht der Erwägung verschließen, daß der von ihnen nur als Übergang zum Föderalismus gedachte Absolutismus ihnen doch wahrscheinlich ein durchaus andres Gesicht zeigen würde, als sie es sich wünschen.

Am betroffensten waren von der Entschlossenheit Dr. Körbers, das politische Intriguenpiel der Parteien sich und dem Staatswohl nicht über den Hals wachsen zu lassen, die Feudalen. Denn sie mochten die sicherste Kunde haben, daß das entschiedne Auftreten des Ministerpräsidenten von der Krone veranlaßt worden war, der nicht verborgen sein konnte, daß sich die verdeckte Obstruktion des Tschechentums zur Unterbindung der parlamentarischen Thätigkeit der geheimen wohlwollenden Unterstützung der ebenfalls für das böhmische Staatsrecht schwärmenden Feudalen erfreue. Die Aufhebung der Verfassung würde aber nicht dem immer mächtigen Einfluß dieser kleinen Partei, sondern der Bureaucratie und dem Militarismus zu gute kommen.

Seit der Rede vom 9. Dezember kommt nun der zuerst vom Tschechen Rataj ausgesprochne Staatsstreichgedanke nicht zur Ruhe. Denn wenn die nach Neujahr vorbereiteten und nach der Erledigung des Jahresvoranschlags formell zu eröffnenden Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen, deren Aussichten durch die kurze Tagung des böhmischen Landtags um die Jahreswende keineswegs verbessert worden sind, zu keinem Ergebnis führen, so werden die mit unheimlicher Schnelligkeit näher kommenden Termine der wirtschaftlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Reichshälften das österreichische Kabinett im Laufe dieses Jahres zu unvermeidlichen Entschließungen drängen, für die der Notparagraph 14 nicht ausreicht. Daran wird auch die Meinung der deutschen Fortschrittspartei, daß man sich mit den beschwichtigenden Erläuterungen der Körberschen Rede nicht begnügen dürfe, sondern gegen jede Idee eines Staatsstreichs auf das feierlichste protestieren müsse, nichts zu ändern vermögen. Gewiß wird der jetzige oder ein künftiger Ministerpräsident zum Absolutismus nicht zum Vergnügen, sondern nur unter dem zwingendsten Drange der Umstände greifen.

Die Tschechen verdächtigen allerdings Dr. Körber dahin, daß er das Parlament überhaupt satt habe und es auf jeden Fall werde los werden wollen, auch wenn keine Spur eines Obstruktionsfunken vorhanden wäre, weil er den Steuerträgern ein sehr fühlbares Opfer werde zumuten müssen, das er von gar keiner Partei erhalten zu können glaubt. Die Rettung des Reichs dürfe aber nicht in dem stumpfen militärisch-bureaucratischen, germanisierenden und volkstötenden Absolutismus, sondern einzig und allein durch die Verbesserung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit gegen alle Völker gesucht werden, sodas sie die Angelegenheiten ihrer Länder ohne die Vormundschaft der Deutschen besorgen könnten. Das ist eben das alte Lied von der Auslieferung der Deutschen in den Ländern der böhmischen Krone an die rücksichtslose tschechische Majorität, die nichts nach der Vernichtung der gegenwärtigen Verfassung fragt, weil sie sie ja immer nur als ein Provisorium betrachtet hat. Ein klerikales Organ erläutert den Staatsstreich als eine Ver-

fassungsänderung mit Erweiterung und Verallgemeinerung des Wahlrechts, das mehr die sozialen als die nationalen Gesinnungen der Völker ausdrücken, die Kompetenz des Reichsrats einschränken, die der Landtage erweitern, die Zahl der Reichsratsabgeordneten vermindern würde und mit der Erlassung einer provisorischen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus verbunden wäre.

Vielleicht war es diese vorzeitige Freude der Amerikaner, die die Alldeutschen veranlaßte, in einer Interpellation die Frage an den Ministerpräsidenten zu richten, ob das Gerücht, daß alles schon zum Verfassungsbruch vorbereitet sei, auf Wahrheit beruhe. Sie erhielten aber nur die ausweichende Antwort, daß so bedeutsame Angelegenheiten eine zuverlässigere Grundlage haben müßten, wenn sie im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden sollten, und daß die Krone nicht in die Diskussion gezogen werden dürfe.

Die deutsche verfassungstreue Presse konnte sich ebenfalls lange nicht über die wenn auch nur akademisch gehaltne Staatsstreichrede beruhigen, und das mag mit ein Grund gewesen sein, daß Dr. Körber die Debatte des Herrenhauses über das Budgetprovisorium dazu benützte, seine Worte mit einem Blick in den Abgrund zu vergleichen, dem die Wirren der letzten Jahre den österreichischen Staat nahe gebracht hätten. Den Standpunkt des Kabinetts in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit verfassungsmäßiger Zustände kennzeichnete er durch den Hinweis darauf, daß er in schweren Stunden alle Vorschläge zur Beseitigung der bestehenden Kalamitäten abgelehnt habe, die auf einen andern als den verfassungsmäßigen Weg verwiesen.

Allerdings hatte der Ministerpräsident die Befriedigung, daß sich alle Parteien des Herrenhauses gegen die Katastrophenpolitik aussprachen, die von der tschechischen Großmannsjucht und Unerfättlichkeit immer wieder in Angriff genommen wird. Mit mehr oder weniger Wärme traten alle für die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände ein, wenn auch Graf Friedrich Schönborn, der Wortführer der Rechten, den Glauben des Redners der Verfassungspartei, des Fürsten Auersperg, nicht teilte, daß es kein Mittel und keine Möglichkeit gebe, an die Stelle der bestehenden Verfassung eine andre zu setzen, weil sie sich, wenn auch nicht absolut gut, als die einzig möglich darstelle, wenn Österreich überhaupt verfassungsmäßig regiert sein wolle.

So blieb es vorläufig zweifelhaft, ob die Notwendigkeit eines Staatsstreichs eintreten, ob und wo sich die Geneigtheit zu einem solchen finden würde. Aber die Möglichkeit dieser ultima ratio blieb trotz der inzwischen eingetretenen Besserung der parlamentarischen Lage nach wie vor bestehen. Diese Besserung der Lage hat sich allerdings nicht in dem erst zu Beginn des Monats Februar wieder zusammengetretenen Plenum des Reichsrats, sondern im Budgetausschusse vollzogen, der über die meist unstrittnen Fragen des nationalen Zwistes zwar nicht ohne Schwierigkeiten, aber schließlich doch leidlich glatt hinweggekommen ist. Die stacheligste Frage, die von den Tschechen als eine der unabweisklichen Bedingungen eines nationalen Ausgleichs geforderte Errichtung einer tschechischen Universität in Brünn, wurde nach tagelangen Verhandlungen durch eine Erklärung des Unterrichtsministers umgangen, die weder Tschechen noch Deutsche befriedigte, aber keinem der beiden Standpunkte direkt

zuwiderlief. Die Frage des slowenischen Gymnasiums in Cilli, des tschechischen in Troppau, des polnischen in Teschen und des deutschen in Friedeck mußte durch Abstimmung entschieden werden, und es war vorauszusehen, daß sie das Plenum noch lebhaft beschäftigen werde. Die Bewilligung des Dispositionsfonds, somit die Vertrauensfrage für das Kabinett Körber wurde mit der Begründung zu seinen Gunsten entschieden, daß der Regierung ein moralischer Rückhalt für die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn geboten werden müsse, die freilich immer eine gefährliche Klippe für den Bestand des Ministeriums bleiben werden.

Der Ministerpräsident hatte noch Ende Februar nicht nur sehr rosigte Ausichten auf das Zustandekommen des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn eröffnet, sondern auch alle Deutungen seines frühern Hinweises auf eine etwa unabweislich gewordne Staatsrettung durch eine Radikalkur als die Eröffnung der Aussicht auf einen Staatsstreich von sich weit weggewiesen. Die Anwendung der außerordentlichen Mittel, die zu vermeiden ja jederzeit in der Hand der Parteien des Abgeordnetenhauses liege, nannte Körber die Abwehr des Streichs, mit dem bewußt oder unbewußt der Staat bedroht werde. Diese Erklärung wurde allgemein als geschickt vollzogener Wechsel seines frühern Standpunkts aufgefaßt und hat ermutigend auf die Freunde, entmutigend auf die Gegner der Verfassung gewirkt. Aber die Erläuterung seiner Worte dahin, daß der Staat, wenn das Parlament den Schutz seiner Völker nicht versehen wolle, das Recht zu existieren auch gegenüber dem Parlament zu Hilfe rufen müsse, und nicht minder der kalte Wasserstrahl, den der Abgeordnete Stransky als Sprecher der Jungtschechen der allzu üppig in die Halme schießenden Hoffnungsfreudigkeit der übrigen Parteien zu versehen für gut fand, sowie der Haß gegen den österreichischen Staat, den sein agrarischer Kollege Klossac offen bekannte, zeigten, daß nach wie vor der Staatsstreich gleich einem Damoklesschwert über den Völkern Österreichs hänge.

Besonders nahe ist jetzt aber diese Gefahr durch den Sieg gerückt, den die vereinigten Polen, Ruthenen, Tschechen und Südslawen, unterstützt durch die verstimmtten Italiener, Rumänen, Sozialdemokraten und leider auch durch die verräterische Haltung eines Teils der Deutschklerikalen, bei der Abstimmung über die Resolution des Grafen Stürgkh errungen haben, in der die Verlegung der slowenischen Parallelklassen des Cillier Gymnasiums nach Marburg und die Ausgestaltung des dortigen slowenischen Untergymnasiums zu einem Obergymnasium von der Regierung verlangt wurde. Die Ablehnung dieser auf das bescheidenste Maß eingeschränkten Forderung der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkstums in der südsteirischen Sprachinsel durch das vereinigte Slaventum war der Tropfen, der den Becher der deutschen Geduld zum Überfließen brachte. Die einstimmige Entrüstung aller deutschen Wähler-schaften und ihre Besorgnis vor einer Wiederkehr des Taaffischen eisernen Ringes, die nunmehr die rücksichtsloseste Opposition und wenn nötig Obstruktion verlangt, hat für das Kabinett Körber eine ganz neue Lage geschaffen. Gelingt es nicht, einen Ausweg zu schaffen, der die auf das äußerste bedrohte Bewilligung des Jahresvoranschlags ermöglicht, und können die beiden

Ministerpräsidenten sich nach so vielen vergeblichen Versuchen nicht über den gemeinsamen Zolltarif einigen, so wird der Krone abermals kein andres Mittel übrig bleiben, als den Weg des Absolutismus zu betreten, und wenn auch vielleicht nicht der Form nach, so doch im Wesen einen Staatsstreich zu begehn.



Geistige Strömungen im Katholizismus

Von einem Katholiken

(Schluß)



nde der achtziger Jahre lebten in Rom zwei Barnabiten, P. Savi und P. Semeria. Beide waren nicht nur sehr gescheite Köpfe, sondern sie hatten auch eine seltne Belesenheit und Kenntniß der ausländischen theologischen Werke von Wichtigkeit. Gegenüber der traditionellen Doktrin der Theologie nach alten Rezepten, die durch den Neu-Thomismus etwas aufgemuntert waren, vertraten sie mit großem Erfolg eine neue Richtung in Wort und Schrift, ohne mehr zu erreichen, als daß sie sich unbeliebt machten. Kardinal Graniello, der wie sie dem Barnabitenorden angehörte, sah die Thätigkeit dieser beiden Männer schon lange mit unruhigem Blick an, und er wirkte beim General des Ordens dahin, daß sie aus Rom versetzt werden sollten. Da sie mit dem großen Archäologen de Rossi befreundet waren, der sie beide hochschätzte, so klagten sie ihm ihr Leid, sie würden anderswo wie Fische aus dem Wasser sein, weil ihnen die Litteratur fehle. De Rossi ging zum Kardinalvikar Parocchi und erwirkte durch ihn, daß der Versetzungsbefehl rückgängig gemacht wurde. Sie blieben also in Rom. Kurz darauf starb P. Savi, der schon lange leidend war, Kardinal Graniello folgte ihm am 8. Januar 1896 nach, und da wurde P. Semeria kurzer Hand nach Genua versetzt, nachdem auch de Rossi am 20. September 1894 gestorben war. Semeria ist Gymnasialprofessor in Genua und hat kaum Zeit, sich mit seinen frühern Studien zu beschäftigen. Er gilt in weiten Kreisen als „liberal,“ obgleich er nichts weiter thut, als in vernünftiger Weise das Gute, Dauernde und Schöne der modernen Wissenschaft und Kultur für die katholische Sache zu verwerten. Neben einigen hochgelehrten Männern Mailands und wenig andern, die über die Halbinsel zerstreut leben, giebt es außer ihm niemand, der nach dieser Richtung hin auf dem Gebiete der eigentlichen Theologie thätig wäre.

Auf dem Felde der kritischen Patristik bildet sich eine kleine Schule, die zusammen mit einigen kritisch angelegten und fleißig arbeitenden Hagiographen an die Muratorischen und Antinorischen Traditionen anknüpfen. Die christliche Archäologie, die ein de Rossi geschaffen hat, wird von den italienischen Epigonon mehr oder minder dilettantenhaft betrieben. Gewaltige Unternehmungen,